



SITZUNGSVORLAGE

Nr. 2 0 - V - 5 1 - 0 0 1 5
 (Jahr - V - Amt - Nr.)

Betreff: Dezernat(e) VI

Planstellenbedarf Umsetzung Handlungsprogramm "Jugend ermöglichen"

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input checked="" type="radio"/>	→ s. unten <input type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input checked="" type="radio"/>	Tagesordnung B <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent/in

Manjura

Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

 Imholz
 Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind **keine** finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 1.917.789,02
 in %: 2,00

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist): abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperre, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2021 ab 01.04.2021	Personalkosten	143.018,98	131.292,43		1300176	630098	Jugendarbeit W/ Personalkosten
	x	2021 ab 01.04.2021	Arbeitsplatzkosten	14.550,00	14.550,00		1300176	680000	Jugendarbeit W/ Arbeitsplatzkosten
	x	2021 ab 01.04.2021	Personalkosten	6.536,54	6.536,54		6300013	630098	Jugendarbeit AKK/ Personalkosten
	x	2021 ab 01.04.2021	Personalkosten	8.124,68	8.124,68		1100196	630098	51 Zentrale Dienste / Personalkosten
	x	2021 ab 01.04.2021	Deckung			152.378,97	300005	790498	51 QS Amt 51
Summe einmalige Kosten 2021:				172.230,19	172.230,19	172.230,19			

	x	2022/2023 je Jahr	Personalkosten	190.691,97	190.691,97		1300176	630098	Jugendarbeit W/ Personalkosten
	x	2022/2023 je Jahr	Arbeitsplatzkosten	19.400,00	19.400,00		1300176	680000	Jugendarbeit W/ Arbeitsplatzkosten
	x	2022/2023 je Jahr	Personalkosten	8.715,38	8.715,38		6300013	630098	Jugendarbeit AKK/ Personalkosten
	x	2022/2023 je Jahr	Personalkosten	10.832,90	10.832,90		1100196	630098	51 Zentrale Dienste / Personalkosten
	x	2022/2023 je Jahr	Deckung			459.280,51	300005	790498	51 QS Amt 51
Summe Kosten 2022-2023:				459.280,51	459.280,51	459.280,51			

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung:

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.) Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein **Pflichtfeld**.

Mit Beschluss Nr. 0090 der Stadtverordnetenversammlung vom 04. April 2019 wurde das Handlungsprogramm "Jugend ermöglichen" als längerfristiger Handlungsrahmen für die Stadt Wiesbaden beschlossen. Durch die Zusetzung zum Haushalt 2020/21 des Haupt- und Finanzausschusses vom 06.11.2019 und der erfolgten Beschlüsse besteht der Auftrag zur Umsetzung und Steuerung von verschiedenen Maßnahmen durch VI/51. Neben Maßnahmen bei Dritten (andere Ämter und freie Träger) beinhaltet das Programm auch Maßnahmen im Dezernat VI/Amt 51. Diesbezüglich müssen die notwendigen Personalressourcen geschaffen werden, welche im Rahmen der ämter- und dezernatsübergreifenden Lenkungsgruppe beschlossen wurden.

Anlagen:

Beschluss Nr. 0090 der Stadtverordnetenversammlung vom 04. April 2019

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen:

- 1.1 Zur Umsetzung des Handlungsprogrammes „Jugend ermöglichen“ wurde von der ämter- und dezernatsübergreifenden Lenkungsgruppe eine Entscheidung über eine, für die Umsetzung und Steuerung des Handlungsprogrammes notwendige Personalressource bei VI/51, getroffen.
- 1.2 Der geltend gemachte Personalbedarf von 3,0 VZÄ beruht auf den Erfahrungen der Mitglieder der Lenkungsgruppe und wurde für den Aufgabenbereich geschätzt.

2. Es wird beschlossen:

- 2.1 Zum Stellenplan 2022/2023 wird zur üpl-Bereinigung bei 510420 *Bilden, Beteiligen, Kinder- und Jugendkultur* der Stellenumfang der Stelle Nr. 19286 (S 12, Umfang 0,77 VZÄ) auf 1,0 VZÄ aufgestockt.
- 2.2 Zum Stellenplan 2022/2023 werden bei 510420 *Bilden, Beteiligen, Kinder- und Jugendkultur* zwei zusätzliche Planstellen im Umfang von je 1,0 VZÄ im Stellenwert S 12 (Kostenstelle 1300176) geschaffen.
- 2.3 Zur Abwicklung der Aufgaben bei 510433 *Kinder- und Jugendzentrum Reduit* wird ein freies Stundenkontingent der Stelle Nr. 10863 (S 12) von 0,13 VZÄ eingesetzt.
- 2.4 Zum Stellenplan 2022/2023 wird bei 510434 *STZ Gräselberg* der Stellenumfang der Stelle Nr.18736 (S 12, Umfang 0,8 VZÄ) auf 0,93 aufgestockt.
- 2.5 Zur Abwicklung der Aufgaben bei 510436 *Kinder- und Jugendzentrum Biebrich* wird ein freies Stundenkontingent der Stelle Nr. 14052 (S12) von 0,13 eingesetzt.
- 2.6 Zum Stellenplan 2022/2023 wird bei 510420 *Bilden, Beteiligen, Kinder- und Jugendkultur* der Stellenumfang der Stelle Nr. 17242 (S17, Umfang 0,5 VZÄ) auf 0,76 VZÄ aufgestockt.
- 2.7 Zum Stellenplan 2022/2023 wird zur üpl-Bereinigung bei 51.11 *Grundsatz und Planung* der Stellenumfang der Stelle Nr. 12864 (S17, Umfang 0,5 VZÄ) auf 0,63 VZÄ aufgestockt.
- 2.8 Im Rahmen der neuen Regelung zur Steuerung der Personalkosten ist das Personalkontingent des Stammpersonals Dez. VI vom 01.04.2021 bis zum 31.12.2023 um 2,87 VZÄ in dem Bereich 51 (ohne ZD, 5101, 5102, 5105 und 5109) und 0,13 bei 51 Zentrale Dienste zu erhöhen.

- 2.9 Dezernat VI/51 wird legitimiert, die Stellenbesetzungen sowie Arbeitszeiterhöhungen nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung und vorab der Genehmigung des Stellenplanes 2022/2023 und vorab der Beschlussfassung des Haushaltes 2021 und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde ab dem 01.04.2021 bis 31.12.2023 zunächst überplanmäßig durchzuführen.
- 2.10 Hierfür entstehen für 2021 Personal- und Arbeitsplatzkosten in Höhe von 172.230,19 Euro, für 2022 - 2023 Gesamtkosten in Höhe von 459.280,51 Euro (jährlich 229.640,25 Euro).
- 2.11 Die Deckung für die Personal- und Arbeitsplatzkosten 2020 bis 2023 erfolgt aus dem Projektbudget Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“ IA 300005 Querschnittssammler Amt 51, SK 790498. Das Verfahren zur Mittelumsetzung wurde zwischen 20 und 51 abgestimmt.
- 2.12 Dezernat VI/51 wird beauftragt, in Verbindung mit Dezernat III/20 die haushaltsrechtliche Umsetzung vorzunehmen.
- 2.13 Ein erster Sachstandsbericht zum Handlungsprogramm wird gemäß STVV-Beschluss 0090 vom 4. April 2019 in der ersten Jahreshälfte 2021 vorgelegt werden (für Haushalt 2022/23). Ein weiterer Sachstandsbericht ist mit Blick auf den Haushalt 2024/25 für die erste Jahreshälfte 2023 avisiert.

D Begründung

Anfang 2017 wurde eine repräsentative Jugendbefragung von 14- bis 18-Jährigen in Wiesbaden durchgeführt. Auf Basis dieser Befragung wurden sieben Handlungsfelder analytisch abgeleitet und in Form von Arbeitsgruppen mit Fachkräften und Jugendlichen inhaltlich weiter bearbeitet. Ziel war es Maßnahmen im Sinne von "Jugend ermöglichen" für Wiesbaden zu definieren. Daraus entstand das vorliegende und beschlossene Handlungsprogramm "Jugend ermöglichen".

Folgende Maßnahmen sollen nach Entscheidung der ämter- und dezernatsübergreifenden Lenkungsgruppe bei VI/51 organisatorisch verortet werden:

Bezeichnung	Organisationseinheit
Zentrale Stelle, die für Belange von „Jugendplätzen“ zuständig ist	5104
Konflikt-Moderatoren für Konflikte im öffentlichen Raum	5104
Aktionsplan Jugendbeteiligung (mit Kick-off-Veranstaltung)	5104
Fachstelle Jugendbeteiligung	5104
Jährliche Jugendkonferenz	5104
Marketingkampagne Social Media	5104
Modellprojekt Hauptamtlichkeit Jugendorganisationen, hier: Anteil GEBE Projekt	5104
Infozentrum Haus der Jugendlichen (physisch und digital)	5104
Jugendscouts	5104
Social Media als Standard	5104

Zusätzlich braucht es für die Steuerung und Abwicklung des Handlungsprogrammes folgende Ressourcen:

Aufgabe	Organisationseinheit
Koordination, Steuerung und Leitung der o.g. Maßnahmen	5104 und 51.1

Gemäß Beschluss Nr. 0090 vom 04. April 2019 wurde die Lenkungsgruppe beauftragt, in Abhängigkeit vom Gesamtbudget eine Entscheidung über eine, für die Umsetzung und Steuerung des Handlungsprogramms notwendige Personalressource bei VI/ 51 zu treffen. Die hierfür festgestellten notwendigen Personalressourcen wurden im Beschlussvorschlag benannt.

Im Jahr 2020 wurde - pandemiebedingt und wegen des lange Zeit unklaren Haushaltsvolumens 2021 - zunächst ein „Sofortprogramm“ mit Schwerpunkt auf einmalige Ausgaben/Maßnahmen (z.B. Gestaltung von Plätzen) umgesetzt. Nun, da die Ressourcen für 2021 klar sind, starten auch die Maßnahmen bei freien Trägern. Bestimmte Maßnahmen, wie z. B. das Jugendinfozentrum (digital), Beteiligungsmaßnahmen und eine Anlaufstelle für Konfliktmoderation sollen jedoch beim öffentlichen Jugendhilfeträger und damit im Dez. VI/Amt 51 angesiedelt werden. Hierfür müssen die o. g. Stellen geschaffen und dringend besetzt werden.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Wiesbaden, 21.12.2020

5104

Schieferstein (2632/sch)

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)

Manjura
Stadtrat